

Vor der eigenen Türe kehren...

Ein wesentlicher Eckpfeiler der Europäischen Union ist der sogenannte Gleichbehandlungsgrundsatz. Dieser besagt, salopp formuliert, daß Bürger/innen anderer Unionsstaaten in einem Mitgliedsstaat nicht anders behandelt werden dürfen als die »Einheimischen«.

So weit, so gut. Was hat das mit den Universitäten zu tun? In letzter Zeit sehr viel, denn ausländische Studierende (auch solche aus EU-Staaten) bekommen in Österreich nur dann einen Studienplatz, wenn sie den auch in ihrem Heimatland bekommen würden. Bekannterweise gibt es in Deutschland einen Numerus Clausus, d.h. in sehr »überlaufenen« Fächern wie Medizin oder Architektur ist eine Mindestnote im Abiturzeugnis notwendig, um überhaupt eine Studienzulassung zu bekommen. So weit, so schlecht. Das heißt, unsere Kolleg/inn/en aus Deutschland (und auch aus anderen Unionsstaaten) können nicht einfach nach Österreich ausweichen, wenn sie in der Heimat keinen Studienplatz bekommen. Und genau das wird nun (ob zurecht oder nicht, sei dahingestellt) von der EU-Kommission als gleichheitswidrig kritisiert; ein Gesetzesprüfungsverfahren wurde bereits eingeleitet.

In Österreich gibt es - gottseidank - auch einen Grundsatz: nämlich den des freien Hochschulzuganges. Das heißt, wie wir alle wissen, daß jede/r studieren und auch einen akademi-

schen Grad erlangen kann, wenn sie/er die Matura schafft, mal abgesehen von den sozialen und sonstigen Hürden auf dem Weg zum Dipl.-Ing., Mag. oder zum Dr.

Die Wirtschaftskammer hat nun die EU-Bedenken zum Anlaß genommen, wieder einmal die Einführung von Studiengebühren zu fordern, und behauptet: »Hochschulbildung zum Nulltarif kann nicht funktionieren«. Recht hat sie, die Wirtschaftskammer. Ohne Geld ka Musi. Aber daß dieses Geld von den Studierenden kommen soll, die sowieso schon ein geringeres Lebenseinkommen haben als z.B. HTL-Absolvent/inn/en, ist wahrlich nicht einzusehen. Es ist eindeutig zuwenig Geld da für die Bildung in Österreich, und das sollte von jenen kommen, die uns immer erklären, daß wir die Zukunft unseres Landes wären (hallo, Herr Bundeskanzler ...).

Geld ist aber sicher nicht das einzige Problem, mit dem die Unis zu kämpfen haben. Häufige Studienwechsel und -abbrücke sind zumindest in Österreich ein Produkt der miserablen Karriereberatung in den Mittelschulen. Dieses Manko kann auch die ÖH mit der ausgezeichnet funktionierenden Maturantenberatung nicht beseitigen; dazu sind die Klischees, die von Lehrer/inne/n, Verwandten oder Geschwistern kommen, viel zu stark verwurzelt. Dieses Problem wird auch relativ schwer zu lösen sein, solange das Unterrichts-

ministerium in schwarzer und das Wissenschaftsministerium in roter Hand ist und die beiden Minister nicht miteinander können, geschweige denn sich irgendwo dreinreden lassen.

An die Adresse der Wirtschaftskammer möchte ich noch eines loswerden: Man kann nicht auf der einen Seite eklatanten Technikermangel beklagen und sich darüber beschweren, daß so wenige Jungakademiker/innen Unternehmer/innen werden, auf der anderen Seite aber Studiengebühren fordern und den Einstieg ins Unternehmertum zum Höllentrip machen. Was wir dringend brauchen, ist ein Zentrum für Berufsplanung an der TU Graz, wie dies z.B. die WU in Wien praktiziert. Ein solches Zentrum sollte einerseits Unternehmen und Studierende bzw. Absolvent/inn/en zusammenbringen, andererseits aber auch (über)lebensnotwendige Tips für Selbständige und andere Jungunternehmer/innen geben. Ein Beitrag der Wirtschaftskammer in diesem Bereich ist sicher wesentlich sinnvoller als die verstaubte Forderung nach Studiengebühren, die außer den Beamten, die für die Einhebung solcher Gebühren angestellt werden müßten, unterm Strich niemandem etwas bringt.

• **Alexander List**
alexlist@oeh.
tu-graz.ac.at



BUNDESGEIER TM © 1999 BEWAESSE



heute: ANALYSE DER LAWINENKATASTROPHE VON GALTÜR

